

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/70

12. April 1976

Humanisierungsforschung auf dem Prüfstand

Erster Überblick über das Programm menschengerechterer Arbeitsplätze

Von Hans Matthöfer MdB
Bundeminister für Forschung und Technologie und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 und 2 / 99 Zeilen

Realistisches Gesamtkonzept des Kanzlers

Bilanz der außenpolitischen Konferenz der SPD

Von Bruno Friedrich MdB
Mitglied des Vorstandes und außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Seite 3 / 44 Zeilen

Parteilichter Mißbrauch der Menschenrechte

CDU/CSU-Agitation macht vor keiner Grenze halt

Von Dr. Claus Arndt MdB
Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestags

Seite 4 und 5 / 56 Zeilen

Die Glossen des SPD-Pressedienstes

Man kann nie wissen...

Seite 6 / 23 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Kein Dank für Schmidts Erfolg"?

Seite 7 / 48 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 32 80 37 - 38
Telex: 08 68 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Humanisierungsforschung auf dem Prüfstand

Erster Überblick über das Programm menschengerechterer Arbeitsplätze

Von Hans Matthöfer MdB

Bundeminister für Forschung und Technologie und Mitglied des SPD-Vorstandes

Als das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und das Bundesministerium für Forschung und Technologie im Jahre 1974 ein Aktionsprogramm Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens veröffentlichten, erwarteten manche wohl, daß das Thema "Humanisierung" in der öffentlichen Diskussion wie in den Betrieben nur vorübergehende Aktualität besitzen würde. Diese Skepsis erhielt neue Nahrung, als im Verlauf der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung die Zahl der Arbeitslosen wuchs und die Sorge um die Sicherheit des Arbeitsplatzes in den Vordergrund trat.

Ich habe stets die Auffassung vertreten, die Schaffung menschengerechterer Arbeitsbedingungen sei nicht nur etwas für "Schönwetterperioden" in der Wirtschaft. Arbeitsschutz, Abbau schwerer körperlicher oder psychischer Belastungen, die die Gesundheit gefährden und die leider immer noch in allzu vielen Fällen zu Berufskrankheiten und Frühinvalidität führen, sind heute und auch noch für eine lange Zukunft vordringliche Aufgaben.

Wenn ich heute auf die ersten knapp zwei Jahre des Programms zurückblicke, werde ich in dieser Meinung bestärkt: Die Resonanz auf unser Programm war über Erwarten groß - nicht nur in Forschungsinstituten, sondern vor allem auch in den Betrieben. In großer, ständig wachsender Zahl werden von den Unternehmen des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Metallverarbeitung, der Elektrotechnik und neuerdings auch aus der chemischen Industrie sowie aus dem Dienstleistungsbereich in Übereinstimmung mit den zuständigen Betriebsräten Projektvorschläge an uns herangetragen. Insgesamt sind es zu Beginn dieses Jahres bereits rund 300 Vorhaben, die allein beim Bundesministerium für Forschung und Technologie beantragt wurden und deren Zielsetzung von Modellversuchen zur Arbeitsorganisation über Maßnahmen zur ergonomischen Verbesserung von Maschinen und zur Verringerung von Lärm-, Hitze bzw. Staubbelastungen bis zu Projekten der Arbeitsmedizin reicht. Für etwa 130 Vorhaben wurden vom BMFT Fördermittel bereits bewilligt.

Schlichte Rationalisierungsmaßnahmen, nur mit etwas arbeitshygienischer Kosmetik geschminkt, dürfen uns nicht als Humanisierungsprojekte "verkauft" werden. Bedingung für eine Förderung aus unserem Programm ist deshalb bei allen Projekten, daß sie sich später primär um die Verbesserung der Situation der Menschen an ihrem Arbeitsplatz bemühen. Bei betrieblichen Projekten fordern wir deshalb die Mitwirkung der Betroffenen und ihrer Vertreter in den Betriebsräten sowohl in der Planung als vor allem auch während des Ablaufs der Projekte. Bei der Fortschreibung und Durchführung der Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie unterstützt uns ein Projektträger mit einem Team von Ingenieuren und Sozialwissenschaftlern. Dieser Projektträger greift seinerseits zur Planung, Beratung und Erfolgskontrolle bei laufenden Projekten auf den Sachverstand und die Erfahrungen zahlreicher Berater aus Wissenschaft und Technik, aus den Gewerkschaften und den Verbänden zurück. Bei wichtigen Fragen, z.B. bei der Erörterung der grundsätzlichen Probleme, die bei seiner Durchführung auftauchen, steht dem Ministerium ein Fachauschuß zur Seite, in dem Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und die Wissenschaft vertreten sind.

Ich bin überzeugt, daß ein Forschungsprogramm, das nicht nur wissenschaftliche Ergebnisse produzieren soll, sondern das reale Veränderungen der Arbeitsplätze zum Ziel hat und das deshalb unmittelbar in das Arbeitsleben vieler

Menschen eingreift, nur Erfolge haben kann, wenn seine Aktionsrichtungen, seine Schwerpunkte und auch seine Durchführung nicht nur vom Sachverstand der Experten, sondern auch von einem möglichst breiten Konsens der Betroffenen getragen werden. Hier stellt sich eine Aufgabe von nicht zu unterschätzender Schwierigkeit, die eine ständige Anstrengung aller am Forschungsprojekt Beteiligten voraussetzt: Schließlich geht es bei der Mehrzahl unserer Projekte nicht nur um rein technische Fragen, etwa die Entwicklung einer lärmermen Maschine, sondern um die Neugestaltung von Arbeitsplätzen und -abläufen. Hier ist es oft nicht einfach, zwischen den betroffenen Arbeitnehmern und den das Projekt begleitenden Wissenschaftlern sowie dem jeweiligen Unternehmen Übereinstimmung über die wichtigsten Probleme und die besten Lösungen zu erzielen.

In diesem Zusammenhang kam dem Kongreß "Menschengerechte Arbeit - Erfahrungsaustausch zwischen Forschung und betrieblicher Praxis" in Essen, der in diesen Tagen stattfand, eine besondere Bedeutung zu. Wir sind mit dieser Veranstaltung, die das RKW mit unserer Unterstützung organisiert und durchgeführt hat, sowohl von der Zielsetzung her als auch bei der inhaltlichen Gestaltung neue Wege gegangen. Ziel des Kongresses war es, in einer breiteren Öffentlichkeit von etwa 1 500 Teilnehmern aus Betrieben, Gewerkschaften, Verbänden und wissenschaftlichen Instituten über Stand und Probleme wichtiger, laufender Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Humanisierung in der Bundesrepublik Deutschland zu diskutieren, dabei Erfahrungen auszutauschen und Lösungswege für zukünftige Entwicklungen aufzuzeigen.

Diese Zielsetzung ließ sich mit den klassischen Formen der Kongreßorganisation nicht bewältigen, die durch Vorträge von Experten vor einem zuhörenden Auditorium - allenfalls mit kurzer Diskussion - gekennzeichnet sind. Der Erfahrungsaustausch in Essen spielte sich daher vor allem in Form eines Informationsmarktes ab: An themenorientierten Ständen diskutierten Gruppen frei über ein breites Spektrum von Problemen: Neben dem Vergleich herkömmlicher und neuer Arbeitsstrukturen in der Montage, den besonderen Problemen der Fließbandarbeit in der Automobilfertigung und der Beteiligung der Arbeitnehmer an der Arbeitsgestaltung gab es Stände, an denen Probleme der Anforderung und Eignung sowie der Qualifizierung diskutiert wurden. Ergonomische Probleme und Umweltbelastungen, z.B. im Bergbau, wurden ebenso zur Diskussion gestellt wie neue Methoden zur Bewertung menschengerechter Arbeitsstrukturen und der Zusammenhang von Arbeitsorganisation und Lohnstruktur.

Dieser Kongreß war selbst ein Experiment: Ganz im Sinne eines der wichtigsten Ziele unseres Programms, die unmittelbar betroffenen Arbeitnehmer und ihre Vertretungen stärker an dem Prozeß der Veränderung ihrer Arbeitsbedingungen zu beteiligen, sind erstmals neben den wissenschaftlichen und technischen Experten, neben den Personalplanern und Arbeitsvorbereitern auch die Arbeitnehmer in großer Zahl zu Wort gekommen.

Eine Dokumentation wird zeigen, inwieweit von diesem Kongreß neue Denkanstöße für die Richtung und Ausgestaltung unserer künftigen Förderungsmaßnahmen ausgegangen sind. Ich hoffe, daß diese Veranstaltung mit ihrer starken Signalwirkung Gewerkschaften, Betriebsräten, Wirtschaft, Unternehmen und Wissenschaftler anregen wird, sich in Zukunft vermehrt auch in eigener Initiative und unter Berücksichtigung vorhandener Erfahrungen den Aufgaben der menschengerechten Arbeitsgestaltung zu stellen. (-/12.4.1976/Se/e/pr)

Realistisches Gesamtkonzept des Kanzlers

Bilanz der außenpolitischen Konferenz der SPD

Von Bruno Friedrich MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Wenn man die Bilanz der Bonner Fachkonferenz internationale Politik der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in einem Satz zu formulieren sich bemüht, so ist zu sagen: Zehn Jahre sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung haben aufgeschobene Probleme oder Fragen, die mit Deutschland zusammenhängen, aus dem Wege geräumt, die Bundesrepublik in den Prozeß der Entspannung zwischen Ost und West produktiv eingefügt und damit Handlungsspielraum für die Arbeit an den Weltproblemen der nächsten Jahre geschaffen.

Der SPD-Vorsitzende Wally Brandt hat am ersten Tag der Konferenz die Prinzipien sozialdemokratischer Außenpolitik dargelegt. Daß er vorrangig die vertrauensvolle Arbeit mit den USA und Frankreich genannt hat, den hervorgehobenen Willen zu einer starken Allianz, die ausdrückliche Betonung der Verbindung von Entspannungs- und Verteidigungspolitik: Dies war und bleibt Grundlage sozialdemokratischer Außenpolitik. Doch ist es richtig, dies ständig erneut zu unterstreichen, denn in Ermangelung eines eigenen Konzeptes hat sich die CDU/CSU in die Strategie geflüchtet, sozialdemokratische Politik als Vollzug sowjetischer Politik zu verdächtigen: Wo immer dies möglich ist. Diese Strategie der Union soll davon ablenken, daß es für eine CDU/CSU-Regierung mit Kohl und Strauß an der Spitze keinen Zugang zu den Entscheidungen der Weltpolitik gäbe. Bundeskanzler Helmut Schmidt konnte zu Recht als Gegenposition der sozialliberalen Koalition die Tatsache herauskristallisieren, daß die gegenwärtige Bundesregierung nicht nur in das Bündnis voll integriert ist: Der Rat des Kanzlers ist in der Welt gefragt. In der Außenpolitik steht Kohl zu Schmidt in provinziellen Abstand.

Im Verlaufe der Bonner SPD-Konferenz haben der regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, Bundesminister Egon Bahr und Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski durch ihre Ausführungen sichtbar gemacht, daß für die SPD Westpolitik, Ostpolitik und Südpolitik weder als einander ausschließende Alternativen noch als aufeinanderfolgende Schwerpunkte der außenpolitischen Aktivität zu werten sind. Es gibt keine absoluten Prioritäten, vielmehr muß die Bundesrepublik die gleichrangige Lösung der West-, Ost- und Südpunkte anstreben.

Aus der politischen Situation heraus gab es in der Konferenz deutliche Schwerpunkte. Die Vereinbarungen zur KSZE sollen sichtbarer Teil sozialdemokratischer Außenpolitik sein: Bei gleichrangiger Behandlung der "Körbe". Die SPD ist tief beunruhigt über die wenig ermutigende, restriktiv gehandhabte politische Entwicklung in Spanien. Die SPD fordert eine klare Stellungnahme zu den Problemen in Südafrika.

Insgesamt hat die SPD in ihrer außenpolitischen Fachkonferenz gezeigt, daß sie seit 1966 aus der durch die Ergebnisse des 2. Weltkrieges engen Begrenzung außenpolitischer Aktivitäten der Bundesrepublik ausgebrochen ist. Sie hat im Gegensatz zu der sich steril und bewegungsunfähig darstellenden CDU/CSU ein Gesamtkonzept entwickelt, das für Bundeskanzler Helmut Schmidt das Fundament einer konstruktiven und realistischen Außenpolitik ist.

(-/12.4.1976/ve/e/pr)

Parteilichter Mißbrauch der Menschenrechte

CDU/CSU - Agitation macht vor keiner Grenze halt

Von Dr. Claus Arndt MdA

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestags

Im letzten Bericht zur Lage der Nation hat sich Bundeskanzler Helmut Schmidt eingehend auch mit den verschiedensten Formen der Verletzung von Menschenrechten in der DDR befaßt. Er hat insbesondere mit aller Deutlichkeit auf die Einschränkung der Informationsfreiheit und die Zustände an der innerdeutschen Grenze hingewiesen und sich mit dem Problem der Freizügigkeit auseinandergesetzt. In einer anderen Bundestagsdebatte hat jüngst der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, darauf hinweisen können, daß es den stillen, aber intensiven Bemühungen der Bundesregierung gelungen ist, allein im letzten Jahr in über 5500 Fällen getrennte Familien zusammenzuführen, 200 in der DDR von ihren im Westen lebenden Eltern getrennte Kinder ihren Eltern in der Bundesrepublik zurückzugeben sowie mehr als 1200 politische Häftlinge aus den Zuchthäusern und Haftanstalten der DDR zu befreien und ihre Entlassung in den Westen zu erreichen. Voraussetzung für den Erfolg dieser Bemühungen waren Geduld und Zähigkeit einerseits wie Diskretion andererseits.

Dies alles weiß natürlich auch die CDU/CSU. Dennoch hat sie im Januar 1976 im Bundestag einen Antrag eingebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert werden sollte, im Rahmen des jährlich zu erstattenden Berichts zur Lage der Nation einen Bericht über Verwirklichung und Verletzung der Menschenrechte im geteilten Deutschland vorzulegen. Sie hat dies unternommen, obwohl ihr sehr genau bekannt ist, wie wenig für die in der DDR leidenden Menschen damit getan ist, wenn wir hier im Westen mit dem begründeten Zorn des Gerechten öffentlich und laut protestieren. Natürlich kann

im konkreten Fall auch der ebenso massive und öffentliche Protest ein Mittel sein, Menschenrechte besser zu schützen. Welches Mittel aber in einer konkreten Situation und unter konkreten Umständen besser geeignet ist, den Leidenden und verfolgten Menschen zu helfen, kann auch die Regierung nur von Fall zu Fall entscheiden, wenn sie ihrer Verantwortung gerecht werden will. Weil das aber so ist, durfte im Interesse der Menschenrechte in der DDR der erwähnte Antrag der CDU/CSU im Bundestag nicht in der Fassung angenommen werden, die ihm die Antragsteller gegeben hatten. Er hätte nämlich die Bundesregierung der politischen Flexibilität beraubt, die sie braucht, um wirklich zu helfen.

Es ist daher zu begrüßen, daß die Koalitionsmitglieder im mitberatenden Rechtsausschuß des Bundestages, auf der Basis eines schon früher von dem Berliner CDU-Abg. Dr. Gradl formulierten Entwurfs eine Neufassung des Menschenrechtsantrages erreichen konnten, die nicht nur konkreter, sondern vor allem so ausgestaltet war, daß sie einerseits der Bundesregierung den für ihre Hilfe und Politik erforderlichen Spielraum gewährte, andererseits aber auch eine einstimmige Verabschiedung ermöglichte. Dieses Überparteiliche Ergebnis im Rechtsausschuß fand dann bezeichnenderweise im Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen bei den dortigen CDU/CSU-Mitgliedern keine Gegenliebe. Einmal mehr demonstrierte hier eine Gruppe von Oppositionspolitikern, daß sie nicht nur den Kompromiß mit der Koalition verachtet. Die Ablehnung der im Rechtsausschuß einstimmig angenommenen Fassung des ursprünglichen Antrages demonstriert zugleich nicht nur die innere Zerrissenheit der CDU/CSU-Fraktion, sondern legt vor allem offen, daß es unter jener politischen Gruppe Abgeordnete gibt, denen es selbst dann, wenn sie von diesem Thema reden und schreiben, in Wirklichkeit gar nicht um die Wahrung der Menschenrechte in der DDR geht, sondern darum, selbst den Kampf um diese elementaren Grundfreiheiten nur dazu zu benutzen, um sie zum Schlagwerkzeug gegen die Bundesregierung und die sie tragende Koalition zu degradieren. Ein wahrhaft trauriger Beitrag zur Menschenrechtsdebatte in Deutschland.

(-/12.4.1976/vs/e/pr)

+ + +

Die Glosse des SPD-Pressedienstes

Man kann nie wissen...

Für Springers "Welt" ist die Welt offenbar in Unordnung geraten; deshalb ärgert sie sich über den Bundeskanzler. Und das sieht am Montagmorgen in der Schlagzeile der Titelseite so aus: "Schmidt will den Aufschwung an seine Fahne heften".

Die fünf Wirtschaftsinstitute sprechen jetzt übereinstimmend vom nahenden Ende der Rezession und vom Aufschwung. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung muß sich also wohl als richtig erwiesen haben. Natürlich freut sich mit Millionen Bundesbürgern über so frohe Nachricht auch der Bundeskanzler. Er sagt das und - wie es seine Art nun einmal ist - recht deutlich. Wen freut es schließlich nicht, wenn seine Arbeit trotz vieler Widrigkeiten Erfolge zeitigt und wenn vor allem die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesrepublik Deutschland bei jedem Vergleich mit anderen Industrieländern der Welt mit am besten abschneidet?

Wahrscheinlich hat der Überschriften-Macher in der "Welt" gemeint, daß Schmidt trotz der positiven Entwicklung unserer Wirtschaft in Sack und Asche einhergehen müßte; vor allem aber dürfe er nichts sagen, was so klingt oder so aussehen könnte, als hätte die Regierung der sozialliberalen Koalition etwas damit zu tun.

Aber gemach Freunde, vielleicht wäre trotz allem die Welt für die "Welt" noch in Ordnung, wenn der Bundeskanzler behauptet hätte, die konstant alles miesmachende Opposition habe einen Sieg über die weltweite Rezession davon getragen und könnte den Aufschwung an ihre Fahnen heften. Man kann nie wissen...
(-/12.4.1976/See/pr)

Günter Markscheffel

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Kein Dank für Schmidts Erfolg"?

Die Londoner "Times" befaßte sich am 7. April 1976 in ihrem Leitartikel mit der innerdeutschen Situation. Wir dokumentieren einige Absätze.

"Es ist eine der Eigenarten der europäischen Politik, daß eine Regierung, die so stark und erfolgreich ist wie die westdeutsche, mit der Möglichkeit einer Niederlage bei den Bundestagswahlen am 3. Oktober rechnen muß. Gewiß bleibt ihr noch eine Menge Zeit, um ihre Situation zu verbessern. Der Kanzler ist populärer als seine Partei, und wenn er erst einmal darengeht, die Wahl zu gewinnen, so wird er schwer zu schlagen sein. Trotzdem verheißt der Umschwung, der sich bei den baden-württembergischen Wahlen abzeichnete, nichts Gutes für seine Koalition.

Dieser Trend erscheint umso eigenartiger, wenn man ihn vor dem Hintergrund der Anzeichen solider wirtschaftlicher Erholung betrachtet. Obwohl die Unternehmergewinne und Investitionen immer noch niedrig sind, ist die Produktionsrate der Industrie um 8,6 vH höher als Mitte letzten Jahres, die Inflationsrate ist von 6,4 vH auf 5,5 vH und die Zahl der Arbeitslosen auf 5,2 vH gesunken, die Exporte weisen eine steigende Tendenz auf, und die IG Metall hat Lohn- und Gehaltserhöhungen von 5,4 vH erzielt. Jede andere europäische Regierung, die solche wirtschaftspolitischen Erfolge vorweisen könnte, würde ein klares Votum des Dankes von der Nation erwarten. Aber nicht die deutschen Sozialdemokraten. Wahrscheinlich ist noch mehr Zeit erforderlich, bis diese wirtschaftlichen Fakten das Ohr des Wählers erreichen, aber es sind auch noch andere Faktoren im Spiel. Den Sozialdemokraten ist durch Skandale und heftige Auseinandersetzungen in den Ländern, in denen sie zum Teil schon zu lange an der Macht sind, und durch die nicht zu unterdrückende Begeisterung ihres linken Flügels für die ideologische Debatten und radikale Vorschläge, die den Wähler abschrecken, Schaden zugefügt worden.

Aber auch die Regierung selbst benötigt ein klarer definiertes Profil, um die Wahlen zu gewinnen. Herr Schmidt ist ein sehr fähiger und erfolgreicher Manager seines Landes, aber vielen Leuten wäre es schwerfallen zu sagen, was er darüberhinaus noch repräsentiert, oder welche Themen den Wahlkampf beherrschen werden. In gewisser Hinsicht ist dies nicht seine Schuld. Themen von großer Bedeutung wie die neue Ostpolitik, die Herrn Brandt einst zur Macht verhalfen, sind nun Entscheidungen gewichen, die mehr ins Detail gehen und nicht mehr von der gleichen Tragweite sind... Auch von anderen bedeutenden Themen ist nicht mehr die Rede. Der lang anhaltende Streit über die Mitbestimmung ist durch einen von allen Parteien akzeptierten Kompromiß zumindest für den Augenblick beigelegt. Die von den Sozialdemokraten versprochenen Reformen sind zwar zum Teil durchgeführt, aber auch zum Teil aus Geldmangel wieder aufgegeben worden... Eine Stimmung von vorsichtigem Konservatismus scheint sich über das Land gelegt zu haben, die eher von nationalen Funken auch der Rechten als von Radikalismus auf der Linken gestört wird...

Das Hauptproblem der beiden großen Parteien im Wahlkampf besteht wahrscheinlich darin, den Wählern zu erklären, worin sie sich unterscheiden. In diesem Falle sollte Herr Schmidt sich aufgrund seiner Erfahrungen und seines Erfolges einen Vorteil ausrechnen können. Vielleicht braucht er aber auch noch etwas mehr als das." (-/12.4.1976/vr/epd)